

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Pöhlitz und Radeland

Geheimer Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgeld freihändig für den Monat eine Goldmark. Herausgeber: Johannes Sürchen, Baruth (Mark). Ansprecher: Dr. 17. — Postkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung des "Baruther Anzeiger" oder auf die Erfüllung des Bezugsgeldes.



Abgabepreis: Die sechsgesparte Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigesparte Kettenezeile (80 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sürchen, Baruth (Mark). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für undeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Herausgeber kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 23

Sonnabend, den 21. Februar

1925

Der Konflikt mit Rumänien

Bevorstehende Schwierigkeiten zwischen Frankreich und England über den Kontrollbericht? — Der Tag der Veröffentlichung der Note noch unbestimmt. — Heftige Wortkämpfe im Preußischen Landtag. — Besprechung der Grubenatastrophen von Dortmund vor dem Reichstag.

Die Dortmund Grubenatastrophen vor dem Reichstag.

Präsident Löbe eröffnete die gestrige (Donnerstag) Sitzung des Reichstages. Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen des Zentrum und der Kommunisten über die Kontrolle der Sicherheit in den Gruben, ferner ein Antrag Müller-Franken (Soz.) auf Bereitstellung von Mitteln für Untersuchungen zur Untersuchung und Verhütung von Unfällen im Bergbau. Ullg. Schwoon (Kom.) begründet die kommunistische Interpellation. Der Zentrumssprecher Imbusch gibt eine Übersicht über die Untersuchung der großen Katastrophe auf der Zeche "Minister Stein". Imbusch breite zur näheren Einsichtnahme eine Karte des Bergwerks "Minister Stein" auf dem Tisch des Hauses aus. Dann gibt er einen Überblick über die Zustände des Bergwerks. Die Explosion muß, wie Imbusch der das Bergwerk selbst besichtigt hat, ungewollt gewesen sein. Auf der Sohle 1 war ein Schuh abgegeben worden. Dadurch kann das Unglück herbeigeführt worden sein. Vermutlich trägt aber der Schießmeister keine Schuld. Beim Weiterforchten ergab sich, daß in der Vergangenheit für die Ausbildung der Bergleute nicht genug getan worden war.

Von dem Sturz des Kabinetts Marx.

Berlin, 20. Februar. Im Preußischen Landtag sind gestern eine Reihe von Anträgen eingegangen, die den Abstimmungskampf um das Kabinett Marx, der am heutigen Freitag vor sich gehen wird, einleiten sollen. Die Deutschnationalen Volkspartei und die Deutsche Volkspartei haben einen Misstrauensantrag eingebracht mit folgendem Vorlaut: "Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag hat nach Artikel 57 Absatz 1 Satz 1 der preußischen Verfassung jedem einzelnen Minister zu dessen Amtsführung das Vertrauen des Volkes auszusprechen. Der Landtag befindet dieses Vertrauen nicht 1. dem Minister Seboring, 2. dem Minister für Landwirtschaft und Volksbildung Becker, 3. dem Minister für Handel und Gewerbe Dr. Schreiber, 4. dem Finanzminister Dr. Hoeppler-Mösch, 5. dem Minister für Volkswirtschaft Hirschfeld, 6. dem Minister für Landwirtschaft Steiger, und 7. dem Justizminister Orl. Böhnhoff." — Dieser Misstrauensantrag der Rechten richtet sich also nicht gegen den Ministerpräsidenten Marx, womit erreicht werden soll, daß auch die welfischen Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung, denen Marx immerhin gewisse Zusagen in der Frage der Absehung des Oberpräsidenten von Hannover gemacht hat, sich dem Misstrauensantrag anschließen können. In Kreisen der Einem urteilt man über die Wirkung dieses Misstrauensantrages sehr ernst. Marx hat sich angeblich mit seinem gesamten Kabinett solidarisch erklärt, so daß die Annahme des Misstrauensantrages auch nur gegen Seboring bereits den Rücktritt von Marx zur Folge haben würde. Die Fraktion der Nationalsozialisten hat, wobei einzelne Mitglieder der Deutschnationalen Partei mit unterzeichnet haben, einen katholischen Vertrauensantrag eingebracht, der sich aber auch nicht auf den Ministerpräsidenten Marx bezieht. Der weitere Verlauf der großen politischen Auseinandersetzung im Landtag hat nun schon bewiesen, daß das Kabinett Marx sich überhaupt nur halten kann, wenn heute durch zufällige Abwesenheit oder Krankheit einzelner Abgeordneten der Rechten oder der Kommunisten sich eine Mehrheit von zwei oder drei Stimmen gegen ein Misstrauensvotum oder für ein Misstrauensvotum des gesamten Kabinetts einschließlich Seborings ergeben sollte. Sind die Abgeordneten vollständig verhantelt, so ist zum mindesten mit der Annahme des Misstrauensantrages gegen den Innensenminister Seboring zu rechnen.

Der Unfall der Kriegsgerichtsurteile.

Paris, 19. Februar. Das Kriegsgericht des 20. Armeekorps in Nancy hat vier deutsche Offiziere in Abwesenheit verurteilt. Der Angeklagten wurde zur Last gelegt, während des Krieges angeblich aus einem Schloß Möbel und aus der Wohnung eines abwesenden Abgeordneten eine silberne Suppenschüssel entwendet zu haben. (1) Der Hauptangeklagte, General von Tettau, Kommandant der 19. sächsischen Division ist bereits

verstorben. General v. Specht und Oberstabsarzt Fischer wurden zu 20 Jahren Zwangsarbeit und 3000 Franken Geldstrafe, Lieutenant Hennsler zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Deutschlands angebliche fünf Verfehlungen.

General Walsh, der Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, hat gestern vormittag dem Marschall Foch den Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission über das Ergebnis der Generalinspektion in Deutschland übergeben. Über den Inhalt wird gemeldet:

Paris, 19. Februar. Der Generalbericht der Kontrollkommission enthält nach einvernehmender Darstellung der Morgenblätter eine Auffassung folgender angeblicher Verfehlungen Deutschlands: 1. Neubildung des Großen Generalstabes. 2. Fortgesetzte militärische Ausbildung der Jugendverbände. 3. Militarisierung der Polizei. 4. Anlegung von Waffendepots. 5. Nichtausübung der Aufstellung über das Rüstungsmaterial zur Zeit des Waffenstillstandes. Aus die britischen Mitglieder der Kontrollkommission hoffe, wie des "Matin" hervorhebt, besonders die militärische Ausrüstung der deutschen Polizei diesen Eindruck gemacht. Man habe festgestellt, daß die Polizei eine militärische Streitmacht ersten Ranges (1) darstelle. Die deutsche Jugend werde, was trotz aller Versuchungen hätte festgestellt werden können, zu Hunderttausenden in den Reihen der Reichswehr und der Volkslandesverbände militärisch ausgebildet. Die alliierten Regierungen würden deshalb nicht nur die Aufrechterhaltung der Militärkontrolle und der Kölner Besetzung anordnen, sondern auch neue Mittel zur Aufrüstung Deutschlands suchen (1). "Echo de Paris" erwartet für den Meinungsaustausch mit England große Schwierigkeiten, weil die englische Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach vorschlagen werde, sich mit Deutschland gütlich über ein Übereinstimmungsprogramm zu einigen, das forschend die Entwicklung Deutschlands verfolge. Das Blatt kommt zu der offenbar offiziell inspirierten Schlusserfolgerung: "Wir werden in einer 'Lockerei' der Wirtschaftswelt nur unter der Bedingung einwilligen, daß die Rheinlande entmilitarisiert werden, und wir die formelle Zusage erhalten, daß uns England für den Fall eines deutschen Angriffes militärisch unterstützt." — Heute sei schon darauf hingewiesen, daß das, was die französische Presse als angeblichen Inhalt des Berichtes veröffentlicht, einseitige Behauptungen sind, für die jede Spur eines Beweises einzuweisen fehlt.

Die Untersuchung des Grubenunglücks.

Böhmisch, 18. Februar. Nach einer Abschaffung des Bergarbeiterverbandes hat die Untersuchungskommission für das Grubenunglück auf der Zeche "Minister Stein" an der Unfallsstelle das Vorhandensein von ungeheuren Kohlenstaubmengen festgestellt. Der Kohlenstaub lag an manchen Stellen so dicht, daß er bis an die Knöchel reichte. Weiter stellte die Kommission fest, daß sich in einer Bremsammer erhebliche Mengen Schlagwetter angehäuft hatten. Genauso stieß fest, daß einen Tag vor dem Unglück ein außerordentlich starker Gebirgsdruck erfolgt war, der 18 eiserne Stempel verbogen und zerbrochen hatte.

Als vorläufiges Ergebnis der Untersuchung wird angenommen, daß ein ungünstlicher Schuß den Anlaß zur Hauptexplosion gegeben hat. — Von den 136 Toten auf Minister Stein waren 56 verheiratet, 11 hinterlassen zwei, acht drei, drei vier und einer fünf Kinder. Aus Unfallrente und Knappeversicherung erhält die Witwe eines Hauers mit zwei Kindern und zehn Dienstjahren monatlich 147,45 M., mit 25 Dienstjahren 189,60 M., mit fünf Kindern 221,40 bzw. 285 M. Die Witwe eines Hauers ohne Kinder erhält 50,15 bzw. 71,30 M. Ist die Witwe nicht mehr arbeitsfähig, erhöht sich die monatliche Rente um 10,25 M. Die Summe soll in Kürze erhöht werden. Die Renten sind steuerfrei. Allen Angehörigen wird ein Sterbegeld von 140 M. und eine Begegnungshilfe bezahlt.

Dortmund, 19. Februar. Wie die Verwaltung der Zeche "Minister Stein" mitteilt, sind von den noch in der Grube befindlichen vier Bergungsfürsten im Laufe des gestrigen Tages zwei geborgen worden.

London, 19. Februar. Das Bergwerksamt meldet: Infolge der Bergwerksexplosion in Dortmund hat der Sekretär für Bergbau um die Erkundung nachgefragt, mehrere Inspektoren nach Dortmund zu senden, damit sie sich unterrichten könnten, welche Lehren sich aus dem Unglück für die Sicherheitsvorrichtungen im Bergbau Englands ergeben, um den deutschen Behörden auf Grund ihrer Erfahrungen jede Hilfe angebieten zu lassen. Die deutschen Behörden haben dem Vorschlag herzlich zugestimmt.

Der Militär-Kontrollbericht in Paris.

General Walsh, der Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission, ist mit dem Generalbericht in Paris eingetroffen. In seiner Begleitung befand sich der britische General Wandope. Der Bericht, der sofort der Botschafterkonferenz und dem interalliierten Militärkomitee in Versailles zugeht, ist in französischer Sprache abgefaßt. Das Interalliierte Militärkomitee in Versailles wird die Prüfung des Berichtes voraussichtlich nicht vor Ende der Woche beendet haben.

"Daily Telegraph" meint, wenn die Regierungen auf Grund der Gutachten ihrer militärischen Berater zu einem einheitlichen Ergebnis kommen würden, würde sich die Botschafterkonferenz mit den Verhandlungen beschäftigen. Auf Grund des Berichtes wäre über folgende Fragen zu entscheiden: 1. Wie weit der Bericht der Kontrollkommission Deutschland mitgeteilt werden soll. 2. Wann, und, vorausgesetzt, daß er Deutschland mitgeteilt werden soll, wieviel er veröffentlicht werden soll. 3. Die Punkte, die Deutschland eine militärische "Verfehlung" hinsichtlich der militärischen Maßnahmen des Vertrages vorwerfen. 4. Die Zeit, die Deutschland für die "Wiedereruption" genommen werden soll, um seinen Anpruch auf Räumung der Kölner Zone gemäß Artikel 429 des Friedensvertrags zu befriedigen. Der Daily Telegraph fügt hinzu, daß der in gewissen alliierten Kreisen verbreitete Vorwand, wonach die Räumung der ersten Zone eine Drohung Frankreich und Belgien gegenüber darstelle, in London in erster Linie für eine Überlegung angehoben wird, die dem Friedensvertrag nicht standhielt, und die auch praktisch unbegründet sei, denn die Kölner Zone sei so eingeteilt, daß auch nach ihrer Räumung ein smaltes Streifen besetztes Gebiet entlang der französisch-deutschen und belgisch-deutschen Grenze für die verbleibenden zehn Jahre übrig bleibe.

Madrid, 17. Februar. Zum Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission schreibt "El Debate". "Den Alliierten ist es leicht, eine Rücksichtnahme des Berichtes seitens Deutschlands festzustellen. Der Gegenstand ist so ungewöhnlich ins Einzelne gehend geregelt, daß der Verdacht besteht, man wolle die Ausführung absichtlich unmöglich machen."

Der Konflikt mit Rumänien.

Wien, 18. Februar. Das Burarest wird gemeldet: Heute wurden alle Effektenhäuser in Rumänien geschlossen, weil die Regierung befürchtet, es könnte wegen des Konflikts mit Deutschland und der Nachrichten über den Sturz des Bei eine Katastrophe auf dem rumänischen Waffenmarkt herbeigeführt werden. Die deutschen Zeitungen in Rumänien dürfen über den Konflikt mit Deutschland nichts berichten. — Wie von zuständiger Seite gemeldet wird, sind die von der rumänischen Regierung und Presse in Rücksicht gestellten Repressalien gegen deutsches Eigentum und deutsche Staatsbürger in Rumänien bisher nicht zur Ausführung gebracht worden. Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, daß die rumänische Regierung Zwangsmaßnahmen ergreift. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß sie es nicht zum Neuersten treiben wird. Die Rumänen sind auf der Pariser Finanzminister-Konferenz schlecht weggekommen. Vor allem ist es ihnen nicht gelungen, die von ihnen gewünschte große Auslandsanleihe unterzubringen. Die Folge davon war, daß sich der Bei fortgesetzt verschlechterte. Nun versucht man, einen Streit mit Deutschland vom Baum zu brechen, um entweder erhebliche Summen in vor der deutschen Regierung zu erhalten oder aber nach verhüntem Misserfolg die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten und als Kompensation für neue Anleiheforderungen zu ververtieren. Pontiacs Taktik macht Schule.

Wie sie "abräumen!"

Nach einem Vergleich besitzt Frankreich augenblicklich 140 Fluggeschwader zu 9 Flugzeugen, davon befinden sich allein 110 Fluggeschwader im Heimatgebiet. England verfügt zurzeit über 300 Fluggeschwader zu je 12 Flugzeugen, zusammen 360 Flugzeuge.

Kleine politische Nachrichten.

— Der deutsche Botschafter v. Hoesch ist vom Ministerpräsidenten Herrriot empfangen worden. Er hat ihm den Dank der deutschen Regierung für die durch den französischen Botschafter in Berlin dem Reichskanzler und dem Auswärtigen Amt übermittelten Beileidskundgebungen der französischen Regierung anlässlich des Dortmund-Grubenunglücks ausgesprochen.

— Im preußischen Landtag sind ein Misstrauensantrag der Nationalsozialisten und Misstrauensanträge der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten eingegangen.